

Öffentliche Niederschrift

über die 15. Sitzung des Planungsausschusses der Gemeinde Herzebrock-Clarholz
am 12.09.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:05 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum Nr. 120, Am Rathaus 1, 33442 Herzebrock-Clarholz

Anwesend:

als Vorsitzender:

Mersmann, Markus;

als Ratsmitglieder:

CDU

Große Siestrup, Norbert;
Jakobsmeier, Heinz;

UWG

Beermann, Antonius;
Wittkowski, Günter;

SPD

Bäcker, Erich;

FDP

Eusterhus, Christina;

als sachkundige Bürger.

CDU

Dr. Disselkamp, Christine;
Feldmann, Ernst;
Freitag, Thomas;
Horstkötter, Markus;

UWG

Winnemöller, Alfons;

SPD

Schüller, Hans; (als Vertreter von Herrn Ritzer)

FDP

Göcke, Gottfried;

von der Verwaltung:

Bürgermeister Lohmann
Oberverwaltungsrat Schlepphorst
VA Brandes (als Schriftführer)

von den Mitgliedern fehlten entschuldigt:

Stein, Anton;
Ritzer, Peter;

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Bestellung eines Schriftführers
2. Erklärung von Ausschließungsgründen gem. § 31 GO NRW
3. Durchführung von Beschlüssen
4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters
 - 4.1 Einzelhandelsentwicklung in Clarholz; Stand der Planverfahren M-63/2011
 - 4.2 Bebauungsplan Nr. 218 "Am Wald" – I. Änderung und Erweiterung M-62/2011
 - 4.3 Bauvorhaben zur Errichtung zweier Wohnhäuser am Feldmannsweg M-60/2011
 - 4.4 Demographiebericht für den Kreis Gütersloh 2011 M-64/2011
 - 4.5 Modernisierung der Bahnstrecke
 - 4.6 Breitband für den Außenbereich
5. Bebauungsplan Nr. 240 "Gewerbegebiet Herzebrock" - IV/01. Änderung; Änderung der Festsetzungen zu Einfriedungen; Aufstellungsbeschluss V-128/2011
6. Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Ortsteil Clarholz; Handlungskonzept V-127/2011
7. Erweiterung eines Mehrfamilienwohnhauses auf dem Grundstück Wulfbrede 16 V-116/2011
8. Nördliche Entlastungsstraße Herzebrock; Eingaben eines Anliegers V-125/2011
9. Behandlung sonstiger dringender Angelegenheiten
10. Wichtige Anfragen
 - 10.1 Entwässerung Langemersch
 - 10.2 Mautpflicht B 64
 - 10.3 Sachstand: Neue Baugebiete

I. Öffentliche Sitzung

Ausschussvorsitzender Mersmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Er stellt weiterhin fest, dass keine Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung vom 27.06.2011 vorgetragen werden. Der Planungsausschuss stellt die Tagesordnung in der Fassung der Einladung fest.

1. Bestellung eines Schriftführers

Zum Schriftführer der heutigen Sitzung wird VA Brandes benannt. Einwendungen werden hiergegen nicht erhoben.

2. Erklärung von Ausschließungsgründen gem. § 31 GO NRW

Ausschließungsgründe liegen nicht vor.

3. Durchführung von Beschlüssen

Herr Schlepphorst weist in diesem Zusammenhang auf das letzte Amtsblatt vom 01.09.2011 hin. Hierin wurden die frühzeitige Bürgerbeteiligung sowie die Bürgerversammlung für die Einzelhandelspläne in Clarholz, nämlich den Bebauungsplan 213 „Clarholz-Mitte“ – V. Änderung und der Bebauungsplan Nr. 260 „Schlösserweg“ bekannt gemacht.

Des Weiteren wurde das Inkrafttreten der Bebauungspläne Nr. 246 „Industriezentrum V“ – I. Änderung und Bebauungsplan Nr. 252 „Gewerbegebiet Craemer – Erweiterung“ I. Änderung, bei denen es um den Einzelhandelsausschluss ging, bekannt gemacht. Ebenfalls in diesem Amtsblatt wurde die Offenlegung der XI. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 „Herzebrock-Mitte I“ bekannt gemacht, dessen Ziel der Ausschluss von Vergnügungsstätten in einzelnen Bereichen des Kerngebietes im Ortsteil Herzebrock ist.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters

4.1 Einzelhandelsentwicklung in Clarholz; Stand der Planverfahren

Ausschussvorsitzender Mersmann weist in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich auf die Bürgerversammlungen am 13. und 15. September 2011 hin.

4.2 Bebauungsplan Nr. 218 "Am Wald" – I. Änderung und Erweiterung

Herr Schlepphorst teilt im Zusammenhang mit der Vorlage anliegendem Schreiben der Eigentümer mit, dass alle aktuellen Eigentümer in dem gekennzeichneten Bereich dieses Schreiben unterzeichnet hätten.

Auf Anfrage von Ratsherrn Wittkowski hinsichtlich des in dem Schreiben unter 2. genannten Vorhaben des Fürstenhauses erklärt Herr Schlepphorst, dass das Fürstenhaus diese Planungsabsicht bei der Verwaltung angesprochen habe; die Verwaltung hatte in einer früheren Sitzung nicht öffentlich darüber vom Grundsatz her informiert. Jedoch sei die für eine weitere Beratung erforderliche Konkretisierung der Absichten bisher nicht vorgelegt habe.

4.3

Bauvorhaben zur Errichtung zweier Wohnhäuser am Feldmannsweg

Herr Schlepphorst erklärt, dass man mit dem in der Vorlage dargestellten Vorhaben aufzeigen wolle, wie sich eine Nachnutzung bzw. Nachverdichtung in ein vorhandenes Umfeld positiv einfügen könne.

4.4

Demographiebericht für den Kreis Gütersloh 2011

Auf Anfrage von Ausschussvorsitzenden Mersmann, ob sich aus diesen Zahlen ein kurzfristiger Handlungsbedarf ergebe, erklärt Herr Brandes, dass diese aus den Zahlen nicht zwingend herzu-leiten sei. Die Zielsetzungen in der Planung seien jedoch weiterhin zu verfolgen, die sich insbesondere zum einen darauf bezögen, attraktiv für Familien zu seien, zum anderen aber auch der demographischen Veränderung der Altersstruktur Rechnung tragen sollten. Im Übrigen seien die Zahlen nicht dramatisch, jedoch sei eine Verschlechterung gegenüber den früheren Prognosen erkennbar.

Frau Dr. Disselkamp regt an, dass der Planungsausschuss in diesem wichtigen Thema mehr Eigeninitiative entwickeln sollte. Sie halte es für konstruktiv, wenn man sich Gedanken mache, wie man offensiv mit diesem Thema umgehen könne. Hier sollten der Ausschuss bzw. seine Mitglieder durchaus konkrete Vorschläge machen.

Auf Anfrage von Herrn Göcke hinsichtlich der Qualität der Zahlen erklärt Herr Brandes, dass die Untersuchung des Kreises die beste mögliche Qualität habe, da hier spezifisch auf den Daten der Gemeinde im Detail aufgebaut worden sei. Letztendlich handele es sich um eine Prognose, die eine unter Berücksichtigung aller bekannten Fakten wahrscheinliche Entwicklung aufzeige.

4.5

Modernisierung der Bahnstrecke

Herr Schlepphorst informiert darüber, dass auf Grund interner Gespräche bei der DB insbesondere auch hinsichtlich von Kommunikationsverbindungen eine Verzögerung bei der Fertigstellung zu erwarten sei. Die DB gehe aktuell vom Abschluss der Maßnahme Ende Oktober 2011 aus.

4.6

Breitband für den Außenbereich

Herr Schlepphorst informiert darüber, dass sich die Breitbandversorgung für den Außenbereich noch ca. zwei Monate verschieben werden, da in der Endphase der Realisierung festgestellt wurde, dass der bisher dafür vorgesehene Mast in Rheda-Wiedenbrück statisch nicht tragfähig sei. Die von dem Masteigentümer geforderte technische Ertüchtigung sei aus Sicht des Breitbandbetreibers verständlicherweise finanziell nicht vertretbar gewesen. Dieser habe umgehend nach Al-

ternativen gesucht und diese inzwischen in Stromberg gefunden. Nach Auskunft des Breitbandbetreibers ist der Standort sowohl bautechnisch wie auch funktechnisch geeignet. Sämtliche erforderlichen Anträge und Verträge seien zurzeit auf dem Weg.

5.

Bebauungsplan Nr. 240 "Gewerbegebiet Herzebrock" - IV/01. Änderung; Änderung der Festsetzungen zu Einfriedungen; Aufstellungsbeschluss

Auf Anfrage erklärt Herr Schlepphorst, dass der Antrag von sechs der insgesamt sieben Eigentümern in dem Bereich unterzeichnet wurde.

Ausschussvorsitzender Mersmann und Ratsherr Wittkowski regen an, vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Planänderung zu versuchen, alle betroffenen Eigentümer mit ins Boot zu holen.

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Ausschuss die Verwaltung den Antragsteller zu kontaktieren mit der Zielsetzung, auch die Zustimmung des jetzt noch fehlenden Eigentümers vorzulegen.

6.

Städtebauliches Entwicklungskonzept für den Ortsteil Clarholz: Handlungskonzept

Frau Schrooten stellt anhand eines Folienvortrages, der dieser Niederschrift beigelegt ist, den Entwurf des Handlungskonzeptes zum städtebaulichen Entwicklungskonzept für den Ortsteil Clarholz vor. Dieses Handlungskonzept sei zwar formal gesehen informell, stelle aber letztendlich die Grundlage für sämtliche möglichen Förderungen bis zum Jahr 2015 dar. Ergänzend zum eigentlichen Handlungskonzept sei aus ihrer Sicht darauf hinzuweisen, dass das Sanierungsgebiet aus städtebaulicher Sicht erweitert werden sollte. Dieses würde auch für die betroffenen Grundstückseigentümer von Vorteil sein, da auch für diese die Grundlage für eine mögliche zukünftige Förderung geschaffen würde.

Ausschussvorsitzender Mersmann macht deutlich, dass es sich hier um ein breites Spektrum von Aufgabenfeldern handele, die oftmals verzahnt seien. Daher sei es wichtig, dass Konzept gut zu prüfen und dann das enge Zeitfenster für mögliche Förderungen optimal zu nutzen. Es sei nun die Erweiterung des Sanierungsgebietes zu beraten und zu beschließen sowie die Behördenbeteiligung durchzuführen. Parallel hierzu könnte die politische Diskussion der Inhalte des Handlungskonzeptes erfolgen.

Herr Schlepphorst regt an, den Inhalt des Handlungskonzeptes in den Fraktionen zu beraten und die Verwaltung zu beauftragen, parallel dazu mit der Bezirksregierung die Förderfähigkeit der jeweiligen Maßnahmen zu prüfen.

Auf Anfrage von Ratsherrn Beermann, inwieweit von privater Seite ein Interesse an geförderten Investitionen bestehe, erklärt Frau Schrooten, dass in den Workshops mehrere Eigentümer bereits konkretes Interesse angemeldet hätten. Vor diesem Hintergrund habe man in dem Handlungskonzept eine Einschätzung zu den privaten Investitionen aufgenommen, die kommen könnten, jedoch nicht kommen müssen.

Ausschussvorsitzender Mersmann sieht es als sinnvoll an, den privaten Eigentümern Fördermöglichkeiten zu eröffnen.

Frau Dr. Disselkamp fragt an, ob es sinnvoll sei, in den Fraktionen Prioritäten festzulegen.

Daraufhin erklärt Frau Schrooten, dass man Vorschläge für Prioritäten über die Nennung des Realisierungszeitraumes in dem vorliegenden Konzeptentwurf aufgenommen habe. Diese stünden selbstverständlich genauso wie die Maßnahmeninhalte zur Diskussion.

Bürgermeister Lohmann führt aus, dass es nicht Zielsetzung sei, heute über das Handlungskonzept zu beschließen. Vielmehr sollte der Entwurf vorgestellt werden, so dass eine Beratung und Beschlussfassung in der nächsten Sitzung möglich werde. Auf der Grundlage des Beratungsergebnisses werde man dann den Kontakt zur Förderstelle in Detmold suchen.

Ausschussvorsitzender Mersmann sieht es vor dem Hintergrund der genannten Zeitplanung als sinnvoll an, auch die Erweiterung des Sanierungsgebietes in der nächsten Sitzung zu beraten.

Bürgermeister Lohmann empfiehlt, die Erweiterung des Sanierungsgebietes mit Einbindung der Fläche Pötter zu überlegen.

Ratsherr Wittkowski hält die in dem Konzept genannten Zahlen insbesondere hinsichtlich der privaten Investitionen für nicht nachvollziehbar.

Hierzu erklärt Frau Schrooten, dass man unter Berücksichtigung des Sanierungsgebietes und der darin möglichen privaten Investitionen einen Wert von 5 Mio. € angenommen habe. Eine konkretere Kostenermittlung sei aus ihrer Sicht bisher nicht möglich.

Bürgermeister Lohmann weist darauf hin, dass die genannten Investitionen der Privaten nicht als verbindlicher Bestandteil des Handlungskonzeptes anzusehen seien. Jedoch seien die im Handlungskonzept genannten Maßnahmen von Privaten Grundvoraussetzung, damit diese Fördermittel erhalten könnten.

7.

Erweiterung eines Mehrfamilienwohnhauses auf dem Grundstück Wulfbrede 16

Auf Anfrage von Ausschussvorsitzenden Mersmann, ob die Nachbarn zu diesem Vorhaben befragt worden seien, erklärt Herr Schlepphorst, dass dieses nicht bekannt sei. Jedoch habe der Kreis deutlich gemacht, dass er das Vorhaben auch ohne Nachbarzustimmung als genehmigungsfähig ansehe, da aus Sicht des Kreises nachbarliche Belange hier nicht in relevanter Weise berührt würden.

Auf Anfrage von Herrn Winnemöller inwieweit die Gesamthöhe im Vergleich zum bestehenden Gebäude bestehen bleibe, erklärt Herr Mersmann, dass lediglich die Wandhöhe im Traufbereich größer werde, die Gebäudehöhe als solches aber unverändert bleiben soll.

Herr Freitag stellt fest, dass hier von zwei auf sechs Wohneinheiten erhöht werde, wodurch sich ein erheblich höherer Stellplatzbedarf ergebe. Hieraus stelle sich für ihn die Frage, ob diese Stellplätze auf dem Grundstück nachgewiesen werden könnten.

Herr Schlepphorst erklärt hierzu, dass im Erdgeschossgrundriss die Stellplatzanordnung erkennbar sei. Es seien mindestens sechs Stellplätze vorhanden. Unter rechtlicher Betrachtung sei es nicht möglich, mehr als diese erforderlichen Stellplätze zu fordern.

Auf Anfrage von Frau Dr. Disselkamp, ob das Gebäude bei der Anfrage im Jahr 2008 genauso groß geplant gewesen sei, erklärt Herr Schlepphorst, dass die grundsätzliche Dimensionierung vergleichbar gewesen sei, jedoch sei das Gebäude damals giebelständig zur Straße vorgesehen gewesen. In der seinerzeitig formlosen Anfrage sei darüber hinaus auf die architektonischen Aspekte oder auch Gebäude- und Traufhöhen nicht im Detail eingegangen worden.

Ratsherr Beermann ist der Auffassung, dass sechs Wohneinheiten in einem Gebäude in dem vorhandenen Umfeld unangemessen seien.

Herr Schlepphorst erklärt, dass man, sofern der Ausschuss den Auftrag hierzu aussprechen würde, noch einmal mit dem Bauherrn und Architekten über Details wie Traufhöhe, Anzahl der

Wohneinheiten und Einverständniserklärung der Nachbarn sprechen könne. Jedoch weise er darauf hin, dass man rechtlich gesehen keine direkte Einflussmöglichkeit habe.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Bauherrn und Architekten ein Gespräch zu führen. Gegenstand des Gespräches sind die Traufhöhe, wobei eine Reduzierung angestrebt werden soll, des Weiteren die Anzahl der Wohneinheiten. Auch hier soll die Möglichkeit zur Reduzierung erörtert werden. Die Verwaltung soll den Architekten bzw. Bauherrn um die Vorlage der Nachbarzustimmungen der zwei betroffenen Nachbarn bitten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

8.

Nördliche Entlastungsstraße Herzebrock: Eingaben eines Anliegers

Ausschussvorsitzender Mersmann macht eingangs deutlich, dass der Ausbau der Straßen „Wachfuß“ und „Weißes Venn“ bereits seit langem beschlossene Zielsetzung sei.

Herr Schlepphorst erklärt, dass entgegen der Angabe in der Vorlage der aktuelle Förderantrag nicht aus dem Jahr 2007, sondern aus dem Jahr 2009 stamme. Grundlage für die Planung sei der Ratsbeschluss vom 11.06.2003. Wobei bereits im Verkehrsentwicklungsplan, welcher Mitte der 90er Jahre aufgestellt wurde, der leistungsgerechte Ausbau dieser Straßen vorgesehen war. Hinsichtlich der Förderung sei darauf hinzuweisen, dass eine Einplanungsmittelteilie vorliege und man mit einer Förderung ab 2012 rechne. Für die Jahre 2012/2013/2014 sind auch die entsprechenden Haushaltsmittel in der Finanzplanung vorgesehen.

Grundlage für die erneute Vorlage im Ausschuss sei die Eingabe eines Anliegers, die der Vorlage beigefügt sei. Hinsichtlich der Aussagen zum Verkehrsgutachten stehe zurzeit noch eine schriftliche Stellungnahme von IVV Aachen als Gutachter aus.

Herr Schlepphorst verweist im Weiteren auf die letzte Aktualisierung des Verkehrsgutachtens aus dem Jahre 2009, welche auf aktuellen Verkehrszählungen beruht habe. Hinsichtlich der prognostizierten Zahlen sei darauf hinzuweisen, dass die in der Prognose zu Grunde gelegte Wohnbebauung erst teilweise realisiert worden sei.

Nach dem Herr Schlepphorst auf die wesentlichen Aspekte der Eingabe des Bürgers eingegangen ist, fordert Herr Göcke die Sitzung zu öffnen, um dem Antragsteller die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern. Über diesen Antrag wird abgestimmt. Der Antrag wird mit 7 zu 7 Stimmen bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Ratsherr Wittkowski regt an, Zählungen an den betroffenen Straßen durchzuführen. Des Weiteren stellt er die Frage, ob für die Förderung eine Mindestbelastung der Straßen erforderlich sei.

Bürgermeister Lohmann erklärt hierzu, dass von einer Mindestbelastung als Fördervoraussetzung nichts bekannt sei. Hinsichtlich der Fragen zu den Zahlen sollte dem Gutachterbüro IVV in der nächsten Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, das Verkehrsgutachten zu erläutern. Hinsichtlich der von Herrn Göcke geäußerten Kritik zu einer verkehrlichen Mehrbelastung des Ortsteiles Clarholz, weise er darauf hin, dass dieses schon im Jahr 2003 bekannt gewesen sei. Der Aspekt sei in die Abwägung zur Beschlussfassung am 11.06.2003 eingeflossen. Der Beschluss sei mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung gefasst worden. Somit habe die Verwaltung das als eindeutigen Auftrag zur weiteren Verfolgung der Planungen und der Erstellung des entsprechenden Förderantrages verstanden. Wenn nunmehr die Zielsetzung eine andere sein sollte, so müsse dazu ein entsprechender Beschluss gefasst werden, auf dessen Grundlage alle Verfahrensschritte noch einmal von vorne begonnen werden müssten. Eine Förderung für die nächsten Jahre sei dann aber nicht mehr realistisch.

Ratsherr Beermann weist auf die Mehrbelastung der Schomäckerstraße hin, die sich durch die mögliche zukünftige Anbindung des Betriebes Rippert noch verstärken könnte. Zu dem stellt er in Frage, ob und wann eine Anbindung an die B 64 tatsächlich möglich werde. Das gelte insbesondere vor dem Hintergrund der letzten Entwicklungen auf Landesebene zur B 64 n.

Frau Dr. Disselkamp sieht es als unangebracht an, die B 64 n in diesem Zusammenhang in Frage zu stellen. Nach dem ihr vorliegenden Informationen würde sich die Realisierung lediglich verzögern und nicht als solches insgesamt in Frage stehen.

Ausschussvorsitzender Mersmann macht deutlich, dass man am Zustand der auszubauenden Straßen deutlich erkennen könne, dass diese genutzt würden. Die Straßenbankette seien schwer beschädigt, was auf eine deutlich größere genutzte Fahrbahnbreite als wie heute asphaltiert schließen lasse. Des Weiteren sei die Sicherheit von Fußgängern und insbesondere auch Radfahrern auf dieser Straße nicht mehr gegeben. Daher halte er den geplanten Ausbau der Straßen mit einseitigem Geh-/Radweg für bedarfsgerecht.

Im Übrigen weise er darauf hin, dass diese Straßen auch durch landwirtschaftlichen Verkehr genutzt würden und man auch die Begegnung eines landwirtschaftlichen Fahrzeuges mit einem Pkw berücksichtigen müsse. Diese müsse möglich sein, ohne dass eines der Fahrzeuge die Fahrbahn verlasse und damit die Bankette schädige oder Fußgänger bzw. Radfahrer gefährde.

Herr Feldmann weist darauf hin, dass baulich Maßnahmen an den Straßen erforderlich seien. Wenn die Fördermittel für einen bedarfsgerechten Ausbau nun nicht fließen würden, so müsste die Gemeinde alle Kosten alleine tragen, was eine erhebliche finanzielle Belastung für die Gemeinde darstellen würde.

Herr Schüller erklärt, dass die Fakten seit langem vorliegen würden und auf dieser Grundlage der Ratsbeschluss gefasst worden sei. Das die Straßen in der jetzigen Form bereits zur Entlastung des Ortskernes dienen würden, sei deutlich an ihrem Zustand erkennbar und resultiere nicht zuletzt daraus, dass die Straßen im Ortskern von Herzebrock bereits jetzt überlastet seien und der Entlastung bedürften.

Vor dem Hintergrund der fehlenden Erläuterung der Zahlen des Verkehrsgutachens vertagt der Ausschuss eine weitere Beratung zu diesem Thema bis zur nächsten Sitzung im Oktober, in der das Gutachterbüro IVV die Zahlen erläutern soll. In diesem Zusammenhang bittet Ratsherr Bäcker darum, dass auf Grund des Beratungsumfanges die Einzelhandelspläne für den Ortsteil Clarholz nicht in der gleichen Sitzung beraten werden sollten.

9.

Behandlung sonstiger dringender Angelegenheiten

Sonstige dringende Angelegenheiten liegen nicht vor.

10.

Wichtige Anfragen

10.1

Entwässerung Langemersch

Ratsherr Große Siestrup fragt an, warum bislang die angekündigten Baumaßnahmen für die Entwässerung im Bereich der Reithalle nicht durchgeführt wurden.

Hierzu erklärt Herr Schlepphorst, dass Gespräche geführt worden seien und die entsprechende Detailinformation in das Protokoll aufgenommen werden sollten.

(Anmerkung der Verwaltung: Die ausführende Firma wurde mit dem Versetzen des Ablaufs beauftragt und wird an die Erledigung erinnert.)

10.2

Mautpflicht B 64

Ausschussvorsitzender Mersmann regt an, sich einmal kundig zu machen, an welcher Stelle man die Mautpflicht B 64 fordern könne.

10.3

Sachstand: Neue Baugebiete

Ausschussvorsitzender Mersmann fragt an, wann bzw. wo mit neuen Wohnbaugrundstücken gerechnet werden könne.

Herr Schlepphorst erklärt hierzu, dass die Pläne für die Nachverdichtung durch den Planungsausschuss und den Rat auf den Weg gebracht worden seien. Hinsichtlich der Entwicklung von Neubaugebieten führt die Verwaltung nach interner Abstimmung zurzeit erste Verhandlungen über mögliche Flächen.

Um 20:05 Uhr schließt Ausschussvorsitzender Mersmann die Sitzung des Planungsausschusses und bedankt sich bei allen Anwesenden für die Mitarbeit.

.....
Ausschussvorsitzender

.....
Schriftführer